



RESOLUTION DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES

GANZTAGSBETREUUNG

Die Bundespolitik sollte nicht Versprechungen auf Kosten der Kommunen machen, sondern muss gleichzeitig die Voraussetzungen für ein Gelingen selber schaffen! Die flächendeckende Ganztagsbetreuung in der Schule ist eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung für Bund, Länder, Kommunen und die Wirtschaft.

Die Bundespolitik sollte nicht Versprechungen auf Kosten der Kommunen machen, sondern muss gleichzeitig die Voraussetzungen für ein Gelingen selber schaffen! Die flächendeckende Ganztagsbetreuung in der Schule ist eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung für Bund, Länder, Kommunen und die Wirtschaft.

Wenn der Bund gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern entsprechende Versprechungen abgibt, muss er die Umsetzung gewährleisten. Die Bundesregierung hat sich zum Konnexitäts-

prinzip – wer bestellt bezahlt – bekannt. Dazu gehört ein deutlicher dauerhafter Beitrag für Investitionen, Personal- und Betriebskosten.

Andernfalls werden der Frust und die Politikverdrossenheit zunehmen.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwartet, dass der Bund mit den Ländern in Abstimmung mit den jeweiligen kommunalen Spitzenverbänden auf der Grundlage von Ist-Analysen und Bedarfsprognosen konkrete Konzepte erarbeitet. Dazu gehört die nachhaltige Finanzierung, die Personalgewinnung und die Sicherstellung der notwendigen baulichen wie auch ausbildungskapazitären Voraussetzungen.

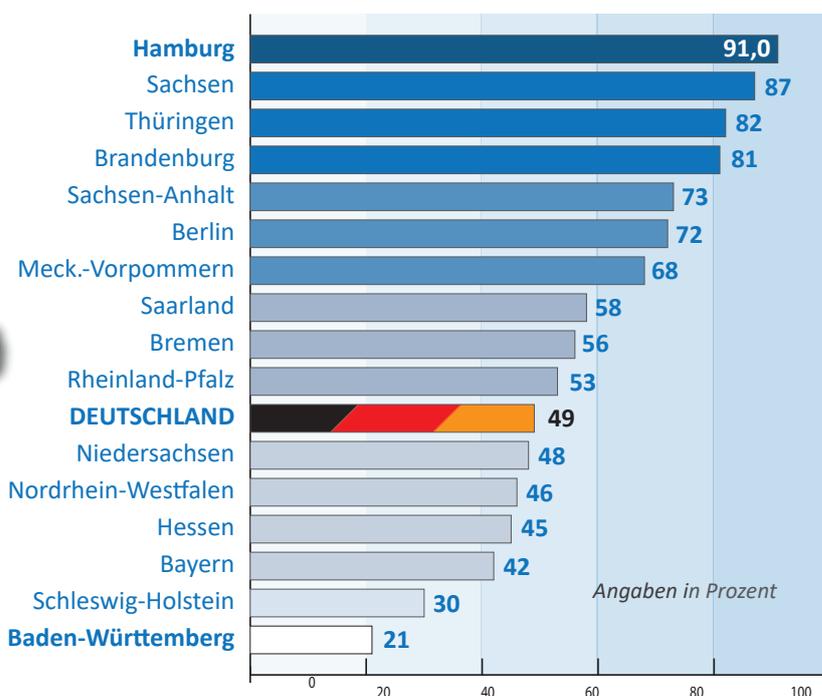
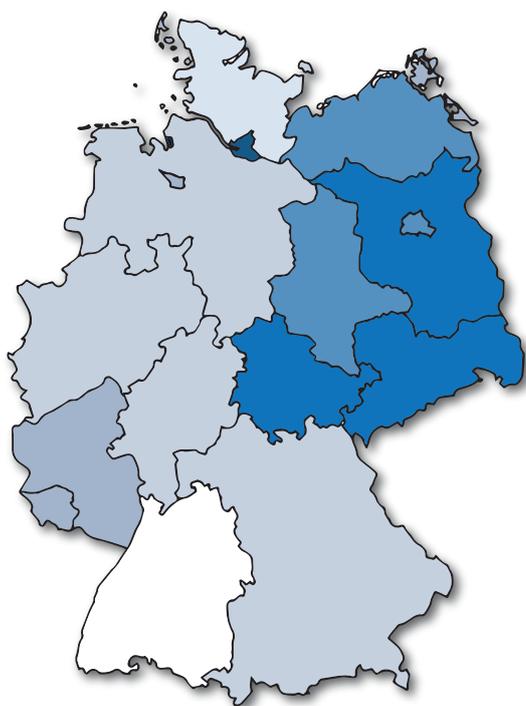
Bisher liegen solche Konzepte nicht flächendeckend vor.

Ohne diese Maßnahmen ist ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Schule in weiten Teilen unseres Landes nicht realisierbar.

KINDER IM GRUNDSCHULALTER IN GANZTAGSBETREUUNG* 2018



* Hort & Ganztagschule



Quelle: DJI, Bildungsbericht 2019; Grafik: DStGB 2019

Stand November 2019